Saar-Zeitung

Organ der Zentrums-Partei für den Saargau

DESSIPAT ATQUE FOVET 1872

Tage- und Anzeigenblatt für Land und Gewerbe

Monatl. Bezugspreis: Durch Träger und Post: Frc. 4.50. Zeitungspreis
Die Spalt. 40 mm Zeile 0.35 Frc. Textzeilen 7 Frc. Anzeigen 0.*

Erscheint 6 mal wöchentlich. Geschäftsstelle: Saarlouis, Kl. Markt 4.
Telegramm-Adresse: Saar-Zeitung. Fernsprecher Nr. 63. Postscheckkonto

Nr. 45. Saar amtl. Dienstag, den 24 Februar 1925 54. Jahrgang.

Zur bevorstehenden Völkerbundstagung.

Mit einer Spannung wie nie zuvor sieht die Saarbevölkerung der nächsten Tagung des Völkerbundsrates entgegen, die am 9. März in Genf beginnen wird. Diese Spannung wird entschieden besser sein, ob das Vertrauen der Saarbevölkerung den Völkerbund angesichts seiner Beschlüsse finde, oder ob es unterganden wird. Die Entschädigung liegt lediglich in den Händen des Völkerbundes selbst. Aus gemeinen Zeichen der Zentrumspartei und der Christlich-Sozialistischen Volkspartei gemeinsam die Wünsche und Bejahrerden der Saarbevölkerung dem Völkerbundsrat unterbreitet und die Wünsch der fünf Regierungsräten des Herrn Presidenten Nauck unterbreitet. Die eingeschlichten Tatsachen sind bekannt, daß die Saarbevölkerung überhaupt gar nicht anders kann, als bestimmt zu glauben, daß rot kein 1. April dieses Jahres ein neuer und weiterer Grund kommen in der Wiederkehr in Saarbrücken einzieht. Um so eingeschriebener bestreit es, wenn man liest, daß bereits erwogen werde, Herrn Nauck weiterhin in der Regierungskommission zu behalten. Allerdings scheint bies zu einer Zeit vor sich gegangen zu sein, in welcher die Verhältnisse noch bei Gesphäle Normal und noch keine Entscheidungen hatten, die die Verantwortung kommission, soweit bort der französische Einfluß herrscht, stärker belasten.

Die Saarbevölkerung hat wiederholt bewiesen, daß sie gewillt ist, zwar die Bestimmungen des Versailler Vertrages zu erfüllen. Aber bestimmt hat sie darin, in welcher Richtung sich ein Saarbrücker Bürgermeister, wie Herr Wolf, Herr Schuhmacher, Herr Kaunder, Herr Wough, kommt in seiner Gesinnung gebildet, gerichtet, gestogen und dem wollen Vertrauen gegenüber, gegenüber dem Vertrauen der Sozialisten, Herr Spinoza, hatte sich innerhalb weniger Monate bei Herrn Nauck in der Saarbevölkerung erwiesen, so daß diese in ihrer Gesamtheit sich ein Vertrauen zu einer solcher Stadt. Das Vertrauen und dem Völkerbund Vertrauen, das Vertrauen, daß aber nachgebenden, warum diese Herren sich die Liste und das Vertrauen der Saarbevölkerung erworben haben? Wir können es ihm verraten:

Lediglich des wegen, weil die Herren ehrlich bemüht waren, die Ihnen den Völkerbund zu vertreten.

Es ist die höchste Zeit, daß der Völkerbund dafür Sorge trägt, daß keine Beunruhigungen über an der Saar nur noch Wünsche sind, die ebenfalls erfüllt werden sind, die Regierungsrat zu treuen Händen zu übersenden.

Das Saargebiet ist kein; auf der Weltkarte teilt es Raum in die Erscheinung, aber es ist das Gebiet, mit dem der Völkerbund sich bis jetzt am meisten befaßt hat, es ist bestimmt es das zum Jahre 1935; wäge er Weisheit, die er ist, der Verbindung der Saarregierungskommission anzuspinnen hatte, schließt wollen lassen sei keiner bewußtsehenden Entschädigung über die Eingangs erwähnten Fragen: Vertrauen zu ihm oder das Gegenteil!

Das Vertrauen kann er nur erhalten, wenn die Wünsche der saarländischen Parteien, die Wünsche, Herrn Nauck wieder zu behalten und den dem kommenden Frankreich nicht mehr Machtbefugnisse zu übertragen wie den übrigen Mitgliedern der Regierungskommission, erfüllt werden. Ihre Sorgen haben die Parteien immer wieder den Völkerbund gehoben, Herrn Nauck nicht wieder zu bestätigen; leider blieb das bisher keine Ohre gefunden.

Es ist unter anderem Wunsch, daß dem Völkerbund erspart bleibt, die politischen Parteien im Interesse der Saarbevölkerung gegenüber dem Völkerbund zu zwingen, die dem Vertrauen des Völkerbundes nur schaden können.

Kurze politische Nachrichten.

mtb. Newport. 23. Febr. Die Presse des Newport Times und Herald-Tribune meldet, erklärt Mussolini Politik, der Vermutung des Ausdruck, daß er ein neuer Cäsar, Er wurde unterwerfen, um den Ausdruck zu gebrauchen, Italien, Italien, Italien, Italien zu bringen. Mussolini provoziert einen heftigen sozialrevolutionären Publizistikstreit.

mtb. Berlin, 23. Febr. Der Reichspräsident hat Professor Dr. Dorsch anläßlich seines 60. Geburtstages gestern telegraphisch gratuliert. Zum 80. Geburtstage überreichte ihm Ihnen, zum Ausdruck seines Dankes und Grüßen der deutschen Hochschule die Patent meine herzlichsten Glückwünsche. Reichspräsident Ebert.

mtb. London, 23. 2. 23. Die Besserung im Befinden des Königs macht weitere langsame Fortschritte. Die Aerzte halten jedoch Ruhe eingetreten noch Wiederherstellung Seines Gesundheitszustandes nicht einen Nach eine Reise nach Cannes zu unternehmen.

Wiederauf Ebert.

mtb. London, 23. 2. 23. Die Besserung im Befinden des Königs macht weitere langsame Fortschritte. Die Aerzte halten jedoch Ruhe eingetreten noch Wiederherstellung Seines Gesundheitszustandes nicht einen Nach eine Reise nach Cannes zu unternehmen.

Noch keine Veröffentlichung des Kontrollberichts.

Polen legt Berufung ein beim Völkerbundsrat — Glückwunsch Eberts an das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold.

Zum Militärkontrollbericht.

mtb. London, 23. Febr. Der diplomatische Korrespondent der Sunday Times erwartet keine unmittelbare Veröffentlichung des Berichts der interalliierten Militärkontrollkommission. Er erklärt, es werde für wahrscheinlich gehalten, daß nach Erwägung durch die alliierten Regierungen der Vorschlag auf dem höchsten diplomatischen Wege nach Berlin übermittelt werde, aber auch das Wort nicht gesprochen werden kann, daß Deutschland die Verpflichtung seiner Verpflichtungen anzuerkennen.

Polen — Danzig.

mtb. Danzig, 23. Febr. Polen hat gegen die Entscheidung des Danzigerhofs, nach der es zur Einrichtung eines Polizeirechts mit Polizeiwesen nicht in Danzig nicht berechtigt ist, Berufung bei dem Rate des Völkerbundes eingelegt. Es ist mit Sicherheit zu erwarten, daß der Rat des Völkerbundes auf seiner 31. Tagung in Genf, die am 11. März 1925 beginnt, eine Entscheidung in dieser Angelegenheit treffen wird. Zu diesem Beschluß ersuchen wird darauf hingewiesen, daß Polen sich jetzt gegen die vom 4. 2. 1920 getroffene Entscheidung Danzigs eingelegt hat. Hiermach scheint das Schwarz Weißfarben Polens, die Entscheidung höchsten Gerichtshofes durch Berufung zu unterstützen, trotz der unbestimmten Rede des Minister Chamberlain und der letzten Völkerbundstagung in Rom keinen Deutungen zu.

Reichspräsident Ebert an das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold.

mtb. Magdeburg, 23. Febr. Reichspräsident Ebert hat an die Bundesleitung des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold, folgendes Telegramm gerichtet: Den zu der Feier des zehnjährigen Bestehens des Reichsbanners Sch.-Rot-Gold in Magdeburg versammelten Bundesmitgliedern und Abordnungen bitte ich die die Treuegelöbnis und über Gruß. Den Reichsbanner spreche ich zu seinem Jubiläum meine herzlichen Wünsche aus für seine Wiederaufbauung und die Erfüllung seiner großen staatspolitischen Aufgabe.

gez. Ebert

Das Haager Schiedsgericht zu der griechisch-türkischen Frage.

mtb. Haag, 23. Febr. In der gestrigen Sitzung des Haager internationalen Gerichtshofs wurde das Gutachten verlesen, daß der Gerichtshof in der Frage der Anwendung der griechischen und der türkischen Bevölkerung abgegeben hat. Das Gutachten lässt sich in folgende zwei Punkte zusammenfassen: 1. Das Wort „Niederlassen" in Artikel 2 der Konvention von Lausanne vom 3. Januar 1923 bezieht, den Austausch der griechischen und der türkischen Bevölkerung hat den Zweck, die Bedingungen in Bezug auf das Zeit und den Ort angegeben, welche für den Austausch der griechischen und der türkischen Konkordanzsprache oder Ortsnamen nahmen Bevölkerung maßgebend sind. Das Urteil bezieht ferner auf den tatsächlichen Inhalt hin, welcher für die Bewohner durch ein Verhältnis von dauernden Charakter begründet Ersteh. 2. Personen, die durch Artikel 2 der Konvention von Lausanne mit der Beziehung „Griechische Einwohner von Konstantinopel" bezeichnet werden, können als solche anerkannt, die Sinne Sinne Konvention, die Konstantinopel wohnen, vorausgesetzt, daß sie innerhalb der Grenze der Präfektur der Stadt Konstantinopel wohnen, wie bis durch Gesetz vom 1912 festgestellt worden und daß sie, bevor sie nach Griechenland Pflicht, bereits vor dem 30. Oktober 1918 angekommen sind und schon zu diesem Zeitpunkt die Absicht gehabt haben, dort beharrlich wohnen zu bleiben.

Die Kreditfrage.

mtb. Berlin, 23. Febr. Unter dem Vorsitz des Ministerpräsidenten Dr. Braun hielt der preußische Unterstützungsausschuß für die Kreditfrage heute nachmittag seine 14. Sitzung ab. Der Vorsitzende nahm weitere Mitteilung von einem Schreiben des sächsischen Gesandten Dr. Grabnauer, der sich gegen die Zwangsanleihe wendet, wonach er von Barmat 1000 holländische Gulden erhalten haben soll. Grabnauer gibt an, es habe sich um einen meinen ihn gegebenen Betrag gehandelt, der ausschließlich zu wohltätigen Zwecken Verwendung gefunden habe. Zunächst wird Frau Marquardt Wirk, die früher im Haus des Reichspräsidenten tätig war, vernommen. Frau Wirk war 1919 im Büro des Reichspräsidenten beschäftigt als Stenotypistin und kam gleichzeitig dort tätigen sozialdemokratischen Abgeordneten Krüger. Sie erinnert sich, daß Barmat zu Krüger ins Büro kam. Sie hat auch auf Krügers Diktat für Barmat Empfehlungen geschrieben. Prof. Dr. Hellige: Haben Sie mit dem Herrn Reichspräsidenten irgend welche Beziehungen gehabt? (Heiterkeit.) Ich meine natürlich, ob der Herr Reichspräsident einmal ins Büro kam und Ihnen etwas diktierte. Auf Fragen erklärt die Zeugin, Krügers Verhalten habe den Eindruck erweckt, daß ihm die Verhältnisse von Empfehlungen für Barmat unangenehm war. Auf eine Frage des Abgeordneten Kätmann (Dntl.) bekundet die Zeugin, die Empfehlungen Barmats für Barmat habe sie auf ausdrückliche Anordnung Krügers ohne Rücksprache Schreibmaschine geschrieben. Auch beim Büro des Reichspräsidenten erklärt, Julius Barmat habe einmal von dem Telefonapparat des Zeugen aus ein Privatgespräch geführt. Auf Fragen des Abgeordneten Dr. Reichspräsidenten und Krügers. Hiernach wird in die Vernehmung des Zeugen Baumeister eingetreten.

Der Zeuge teilt zunächst an den Vorsitzenden des Untersuchungsausschusses, ob er sich nicht vielleicht zu Gunsten Barmats bei Mut Grund der Strafverfolgung? Der Zeuge: Barmat hat mir gesagt, daß er mich mit der Sache und sachliche Gesichtspunkt der Zeugen Baumeister, Frau Baumeister, Frau Wirk, Frau Marquardt und Julius Barmat erklärt. Auf Fragen des Abgeordneten Dr. Reichspräsidenten, Zeuge Baumeister erklärt, er habe mit von ihnen gewisse Mitteilungen über Barmat bekommen. Zeuge Baumeister: Ich habe mir gerätschaftlich einmal über Barmat erhalten. Abg. Schoenring (Ztr.) erklärt heraus, daß man nicht zur weiteren Vernehmung des Zeugen Baumeister überlegen kann, wenn der Zeuge Baumeister nicht hier ist. Vorsitzender Dr. Hellige bittet den Zeugen Baumeister, er mit Vorsitzend nachmittag als Zeuge erschienen kann, wegen Baumeister erscheint: Zunächst, wenn es Ihnen verzeihen wollen, Herr Baumeister, wird man Ihnen sicherlich gestatten. Der Ausschuß erklärt sich mit der nachmaligen Vernehmung des Zeugen Baumeister am Mittwoch einverstanden. Damit ist die heutige öffentliche Sitzung beendet. Es schließt sich daran eine kurze nicht öffentliche Verhandlung. Nächste Sitzung Dienstag vormittag 10 Uhr.

Neue Spaltung der Wirtschaftspartei.

mtb. Berlin, 23. Febr. Die vom Berliner Tageblatt gebrachte Meldung über Auflösungsgefahr in der Wirtschaftspartei, bei ein einer Konferenzung der berufsständisch orientierten Abgeordneten stattgefunden gefährt hätten, wird in einer Zuschrift von maßgebender Seite der Wirtschaftspartei und der Landesgruppe für unrichtig erklärt. Die Wirtschaftspartei bringt über ihre Landesgruppe bei landesfonderer in der Frage der Regierungsbildung in Preußen völlig einig.

Streik in Wetzlar.

mtb. Wetzlar, 23. Febr. Nach einer Meldung des Vorwärts aus Wetzlar haben die Arbeiter der Firmen Leitz und Wetzlar in Größe von 2000 Mann die Arbeit niedergelegt, nachdem die Schlichtung über die Löhne in einer Kreisschlichtung und Arbeitgeber der Wetzlar abgelehnt wurde. Darauf hin sind die Arbeiter noch in den nächstgelegenen Betrieben ausgeschwärmt worden. Die Zahl der streikenden Arbeiter dürfte sich auf 10 000 belaufen.